

Staatsminister a. D. Josef Miller anlässlich des Ehrenabends des Bayer. Bauernverbandes am 31. Mai 2017 in Augsburg

25 Jahre bayerische Agrarpolitik

„Harte Arbeit, Sonntags Gäste! Saure Jahre, frohe Feste!“, heißt es in dem – von mir leicht abgewandelten „Schatzgräber“ von Johann Wolfgang von Goethe.

Der Beruf des Landwirts bringt nicht so viel Freizeit wie manch anderer Beruf. Aber frohe Feste nach sauren Wochen harter Arbeit zu feiern, das gehört erfreulicherweise auch heute noch zum bäuerlichen Jahresablauf!

Und auch der Bayerische Bauernverband ist sich erfreulicherweise der großen Bedeutung von Festen bewusst und wird deshalb heute verdiente Personen öffentlich würdigen und ihnen den gebührenden Dank für ihre herausragenden Leistungen abstaten.

Ich kenne etliche Organisationen, in denen ehrenamtliches Engagement bei Neuwahlen oft nur mit dem banalen Satz „gewürdigt“ wird: „Wir bedanken uns bei den Ausgeschiedenen für die geleistete Arbeit und wünschen den Neuen alles Gute in ihrem neuen Amt!“

Nicht so beim Bauernverband! Mit diesem Ehrenabend beweist er echte Ehrenamtskultur, denn Dank und Anerkennung sind „Herz und Seele“ des Ehrenamts! Dies erklärt zum Teil auch die Stärke des Verbandes. Er weiß, dass es Haupt- und Ehrenamt braucht, um erfolgreich zu sein und um die Herausforderungen des allgegenwärtigen Wandels bestehen zu können!

Ein Leben für die Landwirtschaft

Ihrer Einladung bin ich auch deshalb gerne gefolgt, weil mich der heutige Ehrenabend zu meinen Anfängen, zu meinen Wurzeln zurückführt: Geboren und aufgewachsen auf einem Bauernhof in

Oberschöneberg, besuchte ich wie viele andere Mitschüler auch acht Klassen Volksschule und anschließend die Landwirtschaftliche Berufsschule.

Eigentlich sollte ich ja den landwirtschaftlichen Betrieb meiner Eltern übernehmen. Weil aber mein Bruder auch Bauer werden wollte, musste ich einen anderen Weg einschlagen. Durch die Neueinführung der Berufsaufbauschule Neusäß und des Bayernkollegs in Augsburg konnte ich dann an der Technischen Universität München in Freising Weihenstephan Landwirtschaft studieren. Der tragische tödliche Verkehrsunfall meines Vorgängers im Landtag war dafür verantwortlich, dass ich dann in die Politik kam.

Nach der gleichen Ausbildung wie Landwirte mit Gehilfenprüfung konnte ich ein Universitätsstudium im Bereich der Agrarwirtschaft durchlaufen und anschließend Landwirte beraten sowie an der Landwirtschaftsschule unterrichten. Als Dozent an der Führungsakademie war mein Aufgabengebiet dann die Agrarpolitik.

Anschließend durfte ich sieben Jahre als enger Mitarbeiter und Referent für Öffentlichkeitsarbeit sowie Redenschreiber von Landwirtschaftsminister Dr. Hans Eisenmann und Staatssekretär Simon Nüssel Agrarpolitik aus nächster Nähe erleben. Dies war eine anspruchsvolle Querschnittsaufgabe mit nahezu allen Bereichen eines Ministeriums.

In meiner dreijährigen Zeit als Staatssekretär, der in manchen Ländern als „Juniorminister“ bezeichnet wird, konnte ich praktische Erfahrungen als Agrarpolitiker sammeln. Durch vier Jahre nochmalige Lehrzeit beim Fraktionsvorsitzenden Alois Glück als dessen Stellvertreter konnte ich meine Kenntnisse und Erfahrungen als Politiker weiter verbessern und ergänzen. Im Nachhinein betrachtet hatte ich, damals völlig unbewusst, eine geradezu ideale Vorbereitung für mein späteres Ministeramt.

Diesen Werdegang habe ich weder geplant noch so vorhergesehen – geschweige denn, davon geträumt. Und ich habe auch Niemand gebeten, mich auch nur für eines der Ämter vorzuschlagen oder sich für mich einzusetzen, gemäß dem in Schwaben gültigen ehernen „Gesetz“: „Das Amt soll zum Mann und nicht der Mann zum Amt kommen!“

Paradigmenwechsel in der Agrarpolitik

Meine Amtszeiten als Minister und Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium waren geprägt von einem Paradigmenwechsel in der Agrarpolitik auf Ebene der Europäischen Union, des Bundes und auch des Landes. Es war – die etwas Älteren unter Ihnen werden sich erinnern – eine Zeit großer Umbrüche.

Auf die Veränderungen musste ich politisch agieren, reagieren und neue Konzepte entwickeln.

Deshalb bin ich den Problemen ganz bewusst nicht aus dem Weg gegangen – was kurzfristig sicher der „bequemere“ Weg gewesen wäre –, sondern habe nach echten Lösungen gesucht und diese dann auch durchgesetzt.

Dabei war mir klar: Es gibt keine Veränderungen ohne Widersprüche und Konflikte! Aber ich bin fest davon überzeugt: Je früher die Probleme angegangen werden, umso leichter sind sie zu lösen.

Und wenn Probleme ehrlich und deutlich angesprochen und gelöst werden, dann verliert die Politik nicht an Glaubwürdigkeit, sondern gewinnt sie. Denn Glaubwürdigkeit und Vertrauen sind das höchste Kapital eines Politikers überhaupt. Ich sah meine Aufgabe deshalb stets darin, unter den gegebenen Umständen nicht nur das Gute, sondern das Beste für unsere Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft zu erreichen.

Seit dem Landwirtschaftsförderungsgesetz von Staatsminister Dr. Hans Eisenmann sind jetzt 40 Jahre vergangen. Mittlerweile hat sich so viel verändert, dass nicht nur das Landwirtschaftsförderungsgesetz grundlegend überarbeitet, sondern auch andere Agrargesetze angepasst werden

mussten.

Auch die Verwaltung selbst bedurfte einer Reform. So war es aus Kostengründen und zur Sicherung der Qualität in Schule, Beratung und Verwaltung angesichts der gestiegenen Leistungserwartungen nicht mehr vertretbar, für die zahlenmäßig weniger gewordenen landwirtschaftlichen Betriebe wie bisher in jedem Landkreis ein eigenes Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vorzuhalten. Um die erwartete Kompetenz und Leistung auch unter diesen Umständen zu bieten, musste die Zuständigkeit eines Amtes künftig zwei Landkreise umfassen. Eine Ämterreform wurde daher unvermeidlich.

Auf europäischer Ebene wurde es immer schwieriger, das bisherige System der Marktordnung und Preisstützung aufrechtzuerhalten. Dieses bestand darin, dass der Staat beim Unterschreiten eines bestimmten Mindestpreises für Agrarprodukte einschritt und durch die staatlichen Einfuhr- und Vorratsstellen eine bestimmte Menge von Agrarprodukten aus dem Markt herauskaufte, um damit die Preise wieder über das Garantiepreisniveau anzuheben. Diese Produkte wurden dann eingelagert, um sie später bei höheren Preisen wieder auszulagern und in den Handel zu bringen, oft mit Exportsubventionen in marktfernen Gebieten.

In den 80er Jahren sind die Überschüsse immer größer und die Kosten für die EU immer höher geworden. Zwei Ursachen waren dafür verantwortlich:

1. Aufgrund der stetigen Ertrags- und Leistungssteigerungen in der EU stieg die Produktion der Nahrungsmittelerzeugung schneller als der Verbrauch.
2. Der weltweite Verkauf von Agrarprodukten mit Exportsubventionen störte den Aufbau der Agrarproduktion in anderen Regionen der Welt und wurde deshalb und wegen des sprunghaften Kostenanstiegs zu einem politischen Problem.

Bereits ab 1983 hatte die EU mit der Einführung der Milchkontingentierung (Milchgarantiemengenregelung) versucht, den Milchmarkt zu stabilisieren und die Kosten der EU für die Milchmarktordnung in den Griff zu bekommen.

MacSharry-Reform 1992 („Stoppt MacSharry!“)

1991 – also während meiner Zeit als Staatssekretär – hat der damalige EU-Agrarkommissar MacSharry eine erste einschneidende Korrektur für die Stabilisierung wichtiger Agrarmärkte vorgeschlagen, die Ihnen allen bekannte Umstellung von der indirekten Marktstützung auf Direktzahlungen. Wie Sie wissen, war das ein gewaltiger Paradigmenwechsel in der EU-Agrarpolitik!

Als ersten Schritt hat daraufhin der EU-Agrarrat 1992 beschlossen, die Stützpreise für Getreide und Rindfleisch schrittweise um bis zu 33 Prozent zu kürzen.

Als Ausgleich erhielten die Landwirte produktgebundene Direktzahlungen, mit der die Preissenkungen ausgeglichen werden sollten. Dazu war es notwendig, die Hektarerträge in den einzelnen Bundesländern zu ermitteln. Mir war es ein Anliegen, relativ hohe Hektarerträge in die Berechnungen einzubeziehen, so dass wir in Bayern die höchsten Zahlungen je Hektar hatten. Das Saarland forderte einheitliche Prämien in Deutschland, was wir verhindert haben, und wollte dafür immer wieder vor Gericht ziehen, hat es aber letztlich für ein paar andere Zugeständnisse dann doch unterlassen.

Zusätzlich eingeführt zu den Ausgleichszahlungen wurden
Agrar-Umweltmaßnahmen,
Extensivierung,
Flächenstilllegungen,
Aufforstung,
Vorruhestandsregelung und
Entwicklung des Marktes für nachwachsende Rohstoffe.

Nachdem die EU schon 1975 die von Bayern und Österreich entwickelten Ausgleichszulagen für sog. „Benachteiligte Gebiete“ übernommen hatte, fanden nun nach und nach auch noch in höherem Maße Agrar-Umweltmaßnahmen nach unserem bayerischen Vorbild Eingang in die europäische Agrarpolitik.

Unseren Grundsatz „Agrarumweltmaßnahmen nach den Prinzipien „Freiwilligkeit“ und „finanzieller Ausgleich“ anstelle von „Verordnungen mit Verboten ohne Entschädigung“ für alle Landwirte“ konnten wir so erfolgreich in der EU durchsetzen: Das war auch eine wichtige Voraussetzung für die Ausweitung unseres Bayerischen Kulturlandschaftsprogrammes, das in seiner Art und Umfang auch heute noch einmalig in Europa ist.

Einsatz für nachwachsende Rohstoffe

Besonders stark habe ich mich immer für den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen zur Marktentlastung und als neue Einkommensalternative eingesetzt. Mit dem Landeshaushalt sowie den Mitteln der EU und des Bundes haben wir von Bayern aus schon frühzeitig wichtige Impulse zum Aufbau eines Marktes für nachwachsende Rohstoffe gesetzt. Auch zur Entstehung des Stromeinspeisungsgesetzes des Bundes und des EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) hat Bayern einen großen Anteil geleistet. Später wurde ich dann von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber beauftragt, ein Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe in Straubing aufzubauen.

Schon als Staatssekretär habe ich den damaligen Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel gebeten, Rapsmethylester und natürliches Pflanzenöl als Treibstoff von der Mineralölsteuer zu befreien. Er bat mich, mit Bundesminister Ignaz Kiechle dieses Vorhaben gut vorzubereiten und zu einem Gespräch mit dem Bundesumweltminister und dem Bundeskanzler nach Bonn zu kommen. Ich habe dies zugesagt und erklärt, dass zur Abschlussbesprechung mit dem Bundeskanzler nicht der Staatssekretär, sondern der Bayerische Landwirtschaftsminister Maurer teilnehmen sollte, was auch geschah.

Durch diese damaligen Entscheidungen hatten wir lange in Deutschland eine Steuerfreiheit für Pflanzenöltreibstoffe. In der Folge hat der Rapsanbau auch in Bayern erheblich zugenommen. Zudem wurde durch den Ausbau von Hackschnitzelheizungen, zentralen Heizwerken und Heizkraftwerken das anfallende Restholz und Altholz wirtschaftlich interessant verwertet. Mit Bioenergie und der vermehrten industriellen Nutzung von Biomasse wurden neue Arbeitsplätze und Unternehmen geschaffen, Energieimporte vermindert, die Abluft gereinigt, der CO₂-Ausstoß verringert und weitere positive Umwelteffekte erzielt.

Zudem ist es mir während meiner Zeit als aktiver Politiker zusammen mit dem schwäbischen Präsidenten Leonhard Keller in Verhandlungen gelungen, ein großes Unternehmen für die Produktion von Pommes frites nach Rain/Lech zu holen und damit die Produktionsmöglichkeiten für den Kartoffelanbau zu erweitern.

Fischlers „Agenda 2000“-Reform

Nach 1999 wurde wegen des weiteren Produktionsanstieges und der eingegangenen WTO-Verpflichtungen aus der Uruguay-Runde, mit der Agenda-2000, der sogenannten Fischler-Reform, die Reform der EU-Agrarpolitik fortgesetzt.

Neu war die sogenannte Zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik, die vor allem der Ausweitung der „Förderung zur Entwicklung des ländlichen Raumes“ diente und eine noch umfangreichere Verbesserung der Produktions-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen mit EU-Mitteln ermöglichte.

Die Stützpreise für Agrarprodukte wurden zur Stabilisierung der Agrarmärkte erneut schrittweise gesenkt – für Getreide um 15 Prozent, für Rindfleisch um 20 Prozent und erstmals auch für Milch um 15 Prozent. Im Gegensatz dazu wurden die Direktzahlungen angehoben. Bayern erhielt deshalb bekanntlich lange Zeit rd. 1 Mrd. Euro aus der 1. Säule GAP. Diese Gelder haben wir in Bayern bis heute immer vor Weihnachten ausbezahlt.

In der Zweiten Säule standen uns jährlich ca. 500 Mio. an Landes-, Bundes- und EU-Mitteln zur Verfügung. Oft konnten wir nahezu 40 Prozent der für die alten Bundesländer vorgesehenen Bundes- und EU-Mittel nach Bayern lenken, weil den anderen Ländern die Co-Finanzierung aus Landesmitteln fehlte.

Ich greife nun einen weiteren Erfolg unserer Bemühungen heraus. Durch intensiven Kontakt mit Brüsseler Institutionen und den Landwirtschaftsministern aller wichtigen EU-Mitgliedsstaaten konnten wir den vollständigen Abbau der Exportsubventionen um vier Jahre von 2010 auf 2014 hinausschieben. Ziel dieser Maßnahme war es, den Übergang für unsere Landwirte abzufedern und ihnen die notwendigen Anpassungen zu erleichtern.

Zweite Fischler-Reform 2003

Mit der Agrarreform von 2003 begann dann die Europäische Kommission, die Direktzahlungen von der Produktion ganz zu entkoppeln, um Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Handel gänzlich abzubauen. Dies bedeutete, den Wegfall von produktionsbezogenen Prämien wie Getreideprämie, Rinderprämie, Hopfenprämie etc. und an dessen Stelle nur noch zwei Prämien, eine allgemeine Grünland- und Ackerprämie.

Um die Direktzahlungen in voller Höhe zu erhalten, müssen im Rahmen einer sog. „Cross Compliance“ 18 im Fachrecht vorgesehene Verpflichtungen beim Umwelt-, Tier- und Pflanzenschutz, bei der Tiergesundheit, beim Boden- und Gewässerschutz und bei der Futtermittel- und Lebensmittelsicherheit erfüllt sein. Außerdem sind die Flächen in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand zu erhalten sowie die Bestimmungen zur Erhaltung des Dauergrünlandes zu beachten.

„Health Check“ mit Fischer-Boel

Der verstärkte internationale Wettbewerb mit dem Rückzug der EU aus der Feinsteuerung der EU-Märkte sowie die großen Angebots- und Nachfrageschwankungen mit steigender Volatilität auf den Weltmärkten stellten unsere Bauern vor sehr große Herausforderungen.

2008 führte der sogenannte „Health Check“, zur Überprüfung der Agrarreform von 2003 und damit zu Kürzungen bei den Direktzahlungen. Die Mittel sollten künftig über die Zweite Säule verstärkt in die Bereiche Klimawandel, Erneuerbare Energien, Biodiversität, Innovation, Forschung und Milchviehhaltung fließen.

Meine Rolle in der EU-Agrarpolitik

In Berlin regierte damals eine rot-grüne Koalition mit Renate Künast von den Grünen als Agrarministerin. Obwohl qua Amt eigentlich dazu verpflichtet, hat sie die Interessen der deutschen Landwirtschaft in Brüssel nach Meinung der meisten Bauern nur unzureichend vertreten.

Weil ich nicht am EU-Ratstisch saß, brauchten wir Verbündete bei den Agrarministern und in den Agrarministerien anderer Staaten, die unsere Anliegen vertraten. Deshalb habe ich mich in sehr vielen Gesprächen mit den Agrarministern aus anderen EU-Ländern für unsere Bauern eingesetzt. So war ich zum Beispiel während meiner Kabinettszugehörigkeit bei allen drei jeweiligen Landwirtschaftsministern aus Frankreich in Paris. Das waren Hervé Gaymard, Dominique Bussereau und Michel Barnier.

Ebenso habe ich mit den Ministern anderer EU-Mitgliedstaaten einen Meinungs-austausch gepflegt. Mit den österreichischen Ministern habe ich sehr häufig intensive Gespräche geführt und natürlich auch in Agrarministerkonferenzen von Österreich bei den österreichischen Bundesländern für bayerische Positionen geworben.

Einmal luden wir Minister und Staatssekretäre aus 18 EU-Ländern und Beitrittsländern zur Strategietagung nach Landshut ein, an der Spitze den damaligen Ratsvorsitzenden Cees Veerman aus Holland. Auch in Brüssel bekam ich als bayerischer Landwirtschaftsminister immer einen Termin

bei den EU-Kommissaren. Vor allem bei EU-Kommissar Dr. Franz Fischler war ich häufig. Zudem habe ich auch mit EU-Handelskommissar Mandelson über die Verlängerung der Milchquote und über die Verzögerung der weiteren Marktöffnung der EU verhandelt.

Darüber hinaus haben Bayern, Österreich und Südtirol gemeinsam und teilweise zusammen mit anderen EU-Regionen Parlamentarische Abende in Brüssel veranstaltet, um dort für unsere gemeinsamen Interessen zu werben. Auch hier war EU-Kommissar Dr. Franz Fischler häufig Gast.

Mit all diesen Aktivitäten bin ich nur sehr zurückhaltend an die Öffentlichkeit gegangen. Denn ich wusste, dass ich nur so meine Ziele erreichen konnte. Und nur um die ging es mir! Bundeslandwirtschaftsministerin Künast hat mir dafür in einer Bundestagsdebatte, bei der auch ich gesprochen habe, vorgeworfen, dass ich mit den Ministern der EU-Länder eine andere Politik als sie vertrete. Das habe ich bestätigt – und habe es als Kompliment empfunden. Deshalb habe ich für diese Aussage dann auch unter dem Beifall der Bundestagsabgeordneten aus der Union gedankt.

Wir von Bayern aus haben eine Menge durchgesetzt und wichtige Weichen für die Zukunft stellen können. Ich greife nur einige wichtige Beispiele unseres Erfolges heraus:

Verlängerung der Milchquotenregelung von 2010 auf 2015, um Zeit zu gewinnen für den Bau von modernen Laufställen mit hoher Investitionsförderung. Wir hätten sonst heute nicht so viele wettbewerbsfähige Betriebe, weil bei rückläufigen Milchpreisen die Bauern erst einmal zuwarten und die Investitionen vorerst einstellen. Mit einem Investitionsprogramm für besonders tierfreundliche Ställe haben wir in Bayern den Technologierückstand bei der Milchgewinnung durch moderne Laufställe aufgeholt und besonders tierfreundliche Haltungsformen zusätzlich gefördert.

Deutliche Verringerung der Umverteilung von EU-Direktzahlungen zwischen den Bundesländern (Reduzierung der Kürzung für Bayern von 63 Mio. auf 22 Mio. Euro),

eine deutliche Reduzierung der Zahl der von der Kommission ursprünglich vorgeschlagenen Cross Compliance Vorschriften,

eine Entlastung bei der Kontrolle zu Cross Compliance, z. B. Abschaffung des Rinderpasses im innerstaatlichen Viehverkehr,

Einführung einer Bagatellgrenze, einer De-Minis-Regelung,

sowie Berücksichtigung und Anrechnung von freiwilligen Zertifizierungssystemen. Inzwischen haben mein Nachfolger Helmut Brunner und Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt weitere Verbesserungen erreicht. Besonders hervorheben möchte ich die stärkere Förderung der kleineren, meist intensiv wirtschaftenden Betriebe (erste 30 ha + 50 €, weitere 16 ha + 30 €), was zu meiner Zeit als Landwirtschaftsminister noch nicht durchsetzbar war.

Agrarpolitik des Bundes

Die agrarpolitischen Anliegen Bayerns wurden von der Staatsregierung auf Bundesebene immer sehr nachdrücklich und meist auch erfolgreich vertreten. Ich habe den mir wiederholt angetragenen Vorsitz der unionsregierten Bundesländer aber immer wieder abgelehnt, um die Position Bayerns freier, stärker und nachhaltiger vertreten zu können. Die anderen Bundesländer suchten bei der Agrarpolitik immer den Rückhalt Bayerns, so bei der Sozialpolitik, der Mehrwertsteuer, der

Einkommensteuerreform, der Erbschaftssteuerreform, der Agrarförderung und beim Erhalt der Direktzahlungen.

Durch die Initiative Bayerns im Bundesrat und im Koalitionsausschuss konnte etwa im Zuge der Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent zum 1.1.2007 auch eine Anhebung der Vorsteuerpauschale in der Land- und Forstwirtschaft durchgesetzt werden. Gleichzeitig wurde die von der Vorgängerregierung vorgenommene Kürzung der Vorsteuerpauschale teilweise kompensiert.

Bei der Erbschaftssteuerreform konnte ich erreichen, dass alle Landwirte – egal ob sie selbst gewirtschaftet oder verpachtet haben –, nicht mit dem Verkehrswert eingestuft werden. Das vermeidet hohe Steuerzahlungen beim Erbgang und damit Notverkäufe insbesondere bei den Landwirten, die ihre Höfe verpachtet haben. Damit wollte ich die politisch gewollte breite Streuung des Eigentums stärken.

Exportoffensive

Die EU-Osterweiterung war für unsere bayerische Landwirtschaft Chance und Gefahr zugleich. Mit einer neuen Exportoffensive habe ich in allen Hauptstädten der neuen EU-Staaten zusammen mit der bayerischen Ernährungswirtschaft Kampagnen für bayerische Agrarprodukte veranstaltet. Meist nach Eröffnung einer Bayernwoche in neuen Supermärkten, Präsentation bayerischer Waren und Verkostung kam es beim vom Ministerium veranstalteten Abendessen mit potentiellen Importeuren oft zu Geschäftsanbahnungen oder gar Abschlüssen.

Diese Bemühungen waren sehr erfolgreich, denn der Agrarexport Bayerns stieg von 1990 bis 2015 von 3,5.Mrd. Euro auf 8,7 Mrd. Euro.

Aufbau guter Handelsbeziehungen zu Moskau und Russland

Durch regelmäßige Treffen mit dem Oberbürgermeister von Moskau, Juri Luschkow, den russischen Landwirtschaftsministern sowie Gouverneuren aus russischen Provinzen (Oblasti) habe ich auch die Handelsbeziehungen mit Russland Schritt für Schritt vertieft.

Auf dem Höhepunkt der BSE-Krise, als bei uns kein Rindfleisch mehr verzehrt wurde, habe ich Oberbürgermeister Luschkov zum gemeinsamen Besuch eines Fußballspieles des FC Bayern gegen Moskau mit Ministerpräsident Stoiber nach München eingeladen und zu einem anschließenden Gespräch in die Staatskanzlei, um über Rindfleischlieferungen nach Moskau zu verhandeln.

Nachdem bekannt wurde, dass Moskau bayerisches Rindfleisch kaufen möchte, stieg am selben Tag der darniederliegende Rindfleischpreis um 20 bis 30 Cent/kg an. Zu einem Liefervertrag kam es allerdings nicht. Später kaufte Luschkov u. a. 5000 Kühe und 2000 Zuchtschweine aus Bayern. Zweimal kam der Oberbürgermeister von Moskau zu mir in meine Heimat und besichtigte landwirtschaftliche Betriebe in Sontheim und Loppenhausen.

Bayerisches Agrarwirtschaftsgesetz

Als bayerischer Landwirtschaftsminister war es eines meiner wichtigsten Ziele, für unsere bayerischen Bauern die besten politischen Rahmenbedingungen aller Bundesländer zu schaffen. Ich freue mich für unsere bayerischen Bauern, dass mir das auch gelungen ist.

Dazu galt es unter anderem, bayerische Agrargesetze, die zwischenzeitlich 40 Jahre alt waren, an die geänderten Verhältnisse anzupassen. Um das „Gesetz des Handelns“ zu behalten, habe ich

die notwendigen Reformen mutig und offensiv durchgeführt. Daher wurde ich oft, wie ich finde zu Recht, als „Reformminister“ tituliert.

Mit dem Bayerischen Agrarwirtschaftsgesetz wurde

eine neue gesetzliche Fördergrundlage für den Ländlichen Raum Bayerns geschaffen,

die Weichen in Richtung wettbewerbsfähige, innovationsfreudige Agrarwirtschaft, vitaler Ländlicher Raum sowie Erhaltung einer flächendeckenden Landbewirtschaftung gestellt,

eine Erschließung alternativer Einkommensmöglichkeiten und neuer Märkte erleichtert sowie die Wettbewerbssituation mit dem Handwerk und Gewerbe geregelt,

die Förderung von Hilfen zur Selbsthilfe fortgeführt und

der Aufbau eines Verbundes von staatlicher Beratung mit privaten Beratungsunternehmen begonnen.

Bayern hat mit dem Agrarwirtschaftsgesetz eine moderne Basis geschaffen, die deutschlandweit ohne Beispiel ist sowie in einigen EU-Mitgliedstaaten und Drittländern als vorbildlich bezeichnet wird.

Bayerisches Tierzuchtgesetz

Bayern hat während meiner Zeit als Landwirtschaftsminister auch ein modernes, zukunftsfähiges und den hiesigen Erfordernissen angepasstes Tierzuchtgesetz geschaffen. Das ist für unsere Landwirte besonders wichtig, weil der überwiegende Teil von ihnen aufgrund der natürlichen und strukturellen Verhältnisse auf Tierhaltung angewiesen ist.

Bayerisches Waldgesetz und Staatsforstengesetz

Darüber hinaus wurde es auch notwendig, das Bayerische Waldgesetz zu ändern. Dadurch wurde die vorbildliche Zielsetzung bayerischer Forstpolitik mit der Neuorganisation der Forstverwaltung rechtlich verankert, internationale Beschlüsse zur Nachhaltigkeit und Biodiversität umgesetzt, die sachgerechte Waldbewirtschaftung näher konkretisiert und die forstlichen Selbsthilfeeinrichtungen gestärkt.

In einer umfassenden und zukunftsfähigen Forstreform wurden die Forstdirektionen aufgelöst und die Forstverwaltung mit der Landwirtschaftsverwaltung zusammengelegt. Mir war es ein großes Anliegen, den Staatlichen Forstbetrieb als eine Anstalt des öffentlichen Rechts „Bayerische Staatsforsten“ zu organisieren, am Revierbetrieb festzuhalten und die forstlichen Selbsthilfeorganisationen wegen der vielen oftmals kleinen privaten Waldflächen und Flächenteile sowie der Zunahme der urbanen Waldbesitzer zu stärken, auch indem sie eigene Förster anstellen.

Verwaltungsreform 21

In meiner Zeit als Minister habe ich auch die Landwirtschafts- und Forstverwaltung den neuen Herausforderungen angepasst. Aus bis dato insgesamt 206 Dienstsitzen wurden 47 Ämter für Landwirtschaft und Forsten mit Außenstellen.

Die 11 ehemaligen selbständigen Landesanstalten wurden zu 3 zusammengefasst:

Landesanstalt für Landwirtschaft und Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft mit Hauptsitz in Weihenstephan sowie Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau in Würzburg-Veitshöchheim.

Bildung, Forschung, Wissenstransfer - Schlüssel zum Erfolg

1. Die Lehr-, Versuchs- und Fachzentren von Kringell, Schwarzenau, Almesbach und Achselschwang wurden von Grund auf neu- bzw. ausgebaut.

2. Aus der bisherigen „Landwirtschaftsschule“ wurde die „Meisterschule“ – eine Umbenennung, die ich schon lange haben wollte. Denn „Meister“ seines Fachs zu sein, ist eine hohe Aus-

zeichnung im deutschen Sprachgebrauch. Es freut mich deshalb besonders, dass seitdem 40 Prozent der gesamten deutschen Landwirtschaftsmeister eines Jahrgangs aus Bayern kommen.

3. Das „Grüne Zentrum Weihenstephan“ mit Standorten in Triesdorf und dem Kompetenzzentrum für nachwachsende Rohstoffe in Straubing mit Universität (TU-München), Angewandter Hochschule, Landesanstalten und Fraunhofer-Institut war ein großer Kraftakt. Das ist fast einmalig in der Welt!

Der Ökolandbau hat in Bayern schon immer einen hohen Stellenwert. Der klassische Ökobetrieb von früher mit Erzeugung ökologischer Ausgangsstoffe, Verarbeitung zu Lebensmitteln sowie Vermarktung auf dem Hof, reichte zwar im Idealfall zum Leben, entsprach aber oftmals nicht mehr dem Leistungsvermögen einer Bauernfamilie.

Zudem haben die berufstätigen Frauen heute meist nicht mehr die Zeit, um auf die Ökohöfe zu fahren. Stark zugenommen hat auch die Zahl derjenigen, die nur ab und zu Ökoprodukte kaufen wollen. Sie kaufen sie aber in den Supermärkten ein, wenn sie dort angeboten werden.

Mir war es deshalb ein großes ein Anliegen, dass die Ökoprodukte in die Supermärkte der Vollsortimenter kommen und dort das Angebot vergrößern. Zudem hat Bayern die staatliche Forschung des Ökolandbaues kontinuierlich ausgebaut. Verbessert wurde auch die Qualitätssicherung, die Kennzeichnung durch ein eigenes Label sowie die Regionalvermarktung.

Ländliche Räume im Aufwind

Als ich mich mit den Aufgaben eines Abgeordneten im Hinblick auf die Landtagskandidatur vertraut machte, wurde mir prophezeit, dass ich meine politische Arbeit in einer stark bäuerlich geprägten Region mit einem großen Strukturwandel in der Landwirtschaft, verbunden mit einer hohen Arbeitslosigkeit der Bevölkerung im Allgäu verrichten müsste.

Das Gegenteil ist eingetreten: Der Landkreis Unterallgäu zählt heute zu den Top-ten unter den 400 kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland, mit einer Arbeitslosenquote unter 3 %, derzeit sogar unter 2 %. In den letzten 25 Jahren hat die Politik die Rahmenbedingungen für das Unterallgäu kontinuierlich verbessert und auch mit dem Bau der A96 als Hauptverkehrsschlagader zusätzlich dazu beigetragen. Der nun unmittelbar bevorstehende Ausbau der Elektrifizierung der Eisenbahn und die Errichtung des drittgrößten Verkehrsflughafens Bayerns in Memmingen, nach dem Abzug der Bundeswehr, mit derzeit 1 Million Fluggästen führt zu weiteren Standortvorteilen. Es sind aber in erster Linie die meist inhabergeführten mittelständischen Betriebe mit innovativen und kreativen Produkten und Angeboten in Verbindung mit gut ausgebildeten und fleißigen Arbeitnehmern, die den Standort Unterallgäu in eine bundesdeutsche Spitzenposition geführt haben.

Das schnelle Internet hat noch nicht die volle Wirkung, wird derzeit aber stark ausgebaut. Ich hatte als Landwirtschaftsminister damals als erster Minister in Bayern ein Förderprogramm für schnelles Internet ins Kabinett gebracht, das dort beschlossen wurde. Als dann auch das Bayerische Wirtschaftsministerium ein solches Programm auflegen wollte, habe ich die Zusammenlegung beider

Programme zu einem Programm angeboten, was sicherlich sinnvoll war. Unsere Bäuerinnen haben durch die Förderung des Internets vor den Hotels die Werbung und die Buchung für „Urlaub auf dem Bauernhof“ übers Internet eingeführt. Mit dem schnellen Internet werden in hohem Maße Standortnachteile ausgeglichen und die Abgelegenheit ländlicher Räume weitgehend überwunden.

Mir war es ein großes Anliegen, wie in der Bayerischen Verfassung niedergelegt, nicht gleiche, aber gleichwertige Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land zu schaffen. Wir haben erreicht, dass der ländliche Raum in Bayern ein starker Agrar- und Lebensmittelstandort blieb und ein moderner Industriestandort wird.

Bei dem unausweichlichen Strukturwandel in der Landwirtschaft ging es darum, möglichst viele selbständige Existenzen in der Landwirtschaft zu erhalten. Deshalb haben wir Nebenerwerbsbetriebe und außerlandwirtschaftliche Einkommensmöglichkeiten der Bauern in großem Umfang gefördert, die von der Selbstvermarktung über nachwachsende Rohstoffe bis zu Dienstleistungen wie Urlaub auf dem Bauernhof reicht. Die dadurch entstandenen Spannungen mit dem Handwerk und Gewerbe konnte ich durch entsprechende direkte Gespräche mit Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu und Verbandsvertretern entschärfen und abbauen.

Besonders die Bäuerinnen tragen mit hohem Maße zum außerlandwirtschaftlichen Einkommen in der Landwirtschaft bei. Mit Maßnahmen der Dorferneuerung und der Flurbereinigung konnte die Lebensqualität in den Dörfern verbessert und die Attraktivität erhöht und die Bewirtschaftung der Felder, Wiesen und evtl. zuletzt auch bei den Wäldern verbessert werden.

Viele unserer Bürger haben heute wohnortnahe Arbeitsplätze mit der Möglichkeit, sich noch ein eigenes Haus bauen zu können, was den Menschen in der Stadt häufig verwehrt bleibt. Der Idee einer „Anbindestrategie“, wonach der ländliche Raum verkehrsmäßig an die Ballungsgebiete angebunden werden soll und ländlichen Räume sich selbst überlassen bleiben, muss deshalb eine starke Absage erteilt werden.

Ganz wesentlich zur Erhöhung der Lebensqualität haben die Dorferneuerung und die Leader-Programme beigetragen, die wir in Bayern insgesamt, letztere im Allgäu sehr überdurchschnittlich in Anspruch genommen haben, was nur durch die Innovationsfreudigkeit der Kommunen und der Co-Finanzierungsmittel, sowie der Kreativität und des hohen Arbeitseinsatzes der Mitarbeiter in den Landwirtschaftsämtern zurückzuführen ist. Mit deren Hilfe konnten viele Millionen Euro aus Leadermitteln durch die zahlreichen Anträge ins Allgäu geholt werden. Inzwischen sind die Finanzmittel auf die einzelnen Leader-Regionen gleichmäßig verteilt. Die Aufgeschlossenheit der Landbevölkerung gegenüber dem Neuen und der Erhaltung von Bewahrenswertem sowie der Mut zu richtigen, zukunftsorientierten Entscheidungen, ist im Ländlichen Raum immer noch vorhanden. Die Bewohner setzen sich in der Regel auch mit ehrenamtlichen Mitarbeitern in den Vereinen und Organisationen für einen menschlichen Umgang ein.

An der Schwelle ins neue Jahrtausend braute sich ein gewaltiges Gewitter über die Landwirtschaft zusammen. Der Ausbruch der BSE-Krankheit bei Rindern und Schafen führte zu Befürchtungen, dass diese Krankheit auf Menschen übertragen und in Form der Kreuzfeld-Jakob-Krankheit zum Ausbruch mit tödlichem Verlauf kommen könnte. Rindfleisch war daraufhin über Wochen hinweg unverkäuflich, bis mit modernen Untersuchungsmethoden von geschlachteten Tieren nachgewiesen werden konnte, ob das Rind von der Krankheit befallen oder frei ist. Gott sei Dank gab es keine Erkrankungen bei den Menschen, und auch bei den Rindern ist die Krankheit inzwischen offensichtlich ausgeremert. Das war für mich in den letzten 25 Jahren die beste Nachricht.

Wie Sie als Fachleute wissen, spielt neben dem Wissen und Können der Landwirte die Ausstattung mit Technik für die Wettbewerbsfähigkeit eine entscheidende Rolle. Im Gegensatz dazu haben viele Verbraucher ein romantisch verklärtes Bild von der Landwirtschaft und stehen dem technischen Fortschritt überwiegend skeptisch gegenüber. Dabei übersehen sie, dass in der Realität ein Betrieb nur dann zukunftsfähig ist, wenn er den technischen Fortschritt nutzt.

Ernährungswirtschaft, Einzelhandel und Verbraucher tragen eine hohe Verantwortung. Sie bestimmen mit, wie unsere Lebensmittelerzeugt werden, wo sie herkommen und wie unser Land künftig aussieht. Bäuerinnen und Bauern zählen zu den stärksten Leistungsträgern unseres Landes mit den höchsten Produktivitätszuwächsen pro Arbeitskraft, stärker als in Industrie und Gewerbe. Bayern und Deutschland sind heute dank des technischen Fortschritts auch in der

Landbewirtschaftung führend. Durch die bisher weitgehend günstige Wasserversorgung im Gegensatz zu anderen Ländern, ist mir um die Zukunft unserer Landwirtschaft nicht bange.

Aufgabe der Landwirtschaft ist es, gesunde Nahrungsmittel zu erzeugen, die natürlichen Lebensgrundlagen wie Boden, Wasser und Luft zu bewahren und für eine intakte Landschaft zu sorgen. Dafür braucht sie die Unterstützung von Politik und Gesellschaft.

Gleichwohl ist sich die Bevölkerung erfreulicherweise der Bedeutung der heutigen Landwirtschaft für die Gesellschaft, Natur und Wirtschaft bewusst. Sie betrachtet zudem den landwirtschaftlichen Beruf als einen der wichtigsten und zukunftsträchtigsten Berufe. Das geht aus einer Emnid-Umfrage hervor. Das Ansehen der Bäuerinnen und Bauern fällt in der Bevölkerung durchwegs positiv aus (79Prozent). Die moderne Landwirtschaft wird von 61 Prozent der Bundesbürger anerkannt. 32 Prozent sehen sie kritisch. Im Ranking der Berufe sind die Landwirte von Platz 3 auf Platz 2 vorgerückt, hinter den Ärzten und vor den Polizisten.

Das ist ein erfreuliches Ergebnis, das unseren bayerischen Bäuerinnen und Bauern Mut machen sollte! Ich bin deshalb davon überzeugt, dass Landwirtschaft auch im 21. Jahrhundert Zukunft hat!